

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hilfskonto: Leipzig
Raben & Rump, Nr. 20618.

Hauptkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringelohn monatlich 1.80 Mk. Durch die Post bezogen monatlich 4.00 Mk., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich monatlich 2.60 Mk. Erhalten täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Erscheinungstagen von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Inserate werden die Tagesblätter mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Werbeanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 157.

Dresden, Dienstag den 9. Juli 1918.

29. Jahrg.

Rühlmann zurückgetreten.

Berlin, 9. Juli. Wie zuverlässig verlautet, hat der Kaiser das Abtrittsbesuch des Staatssekretärs Dr. v. Rühlmann angenommen. Als sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in Kristiania v. Hinge genannt. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wth. (amtlich.) Großes Hauptquartier, den 9. Juli 1918.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht:
Südlich des La-Vajje-Kanals wurden mehrfach wiederholte Teilangriffe, auf dem Nordufer der Somme starke Vorstöße des Feindes abgewiesen. Der Artilleriekampf blieb in diesen Abschnitten lebhaft und nahm am Abend beiderseits der Somme getüchtig wieder große Stärke an.

Seereschutzgruppe Deutscher Kronprinz.

Westlich von Antwerp (südwestlich von Koven) haben sich heute früh nach heftigem Feuer britische Angriffe des Feindes entwickelt. Am Abend von Billers-Cotterets (wiederholte Teilangriffe der Franzosen in unsern Kampfgebieten).

Westen wurden 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Zerstört sind 23 und 21, Leutnant Friedrichs seinen 21. Luftflug.
Der Erste Generalquartiersrichter: Lubendorf.

Erfolge unserer Steuerarbeit.

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Das Steuerprogramm des Reichsschatzsekretärs für 1918 wird nach den Schätzungen der Regierung einen Jahresertrag von etwa 3 Milliarden Mark bringen. Könnnte man von der Wichtigkeit dieser Schätzungen ausgehen, so würden die Steuern, die der Reichstag in diesem Jahre noch den jetzt vorliegenden Anträgen seiner Steueraussschüsse beschließen wird, einen Ertrag von etwa 4,2 Milliarden Mark bringen. Wenn der Reichstag hat an keiner der elf Steuervorlagen nennenswerte Abstriche gemacht, vielmehr eine derselben, die Kriegsteuer, in der Weise ausgebaut, daß sie statt der erwarteten 600 Millionen etwa 1800 Millionen Mark bringen wird, eine zweite, das Stempelgesetz, in dem Maße verstärkt, daß es bei gleichbleibenden Börsenumsätzen 100 Millionen mehr bringen würde. Damit vergrößert sich, da der Mehrertrag allein aus Besitzsteuerquellen gewonnen werden soll, das Verhältnis der Belastung des Vermögens und des Verbrauches nicht unwesentlich. Die Kriegsteuer für die Gesellschaften unter noch den Berechnungen der Regierung etwa 600 Millionen, die Körperschaftsteuer etwa 200 Millionen einbringen. Das alles zusammen etwa 800 Millionen Besitzsteuern ergeben, denen rund 2200 Millionen Verbrauchssteuern gegenüberstehen. Nach den Ausschuhtrügen ergibt sich nun, auch wenn man das Mehr von 100 Millionen aus den Börsenumsätzen an der Seite läßt, aus Besitzsteuern ein Ertrag von 2,2 Milliarden, aus Verbrauchssteuern ein solcher von 2,2 Milliarden.

Aber diese Vergleichung würde nur zutreffen, wenn man von den beiden Steuerarten je einen vollen Jahresertrag gegenüberstellen könnte. Das ist jedoch nicht möglich, weil die Verbrauchssteuern im ersten Jahr noch nicht, die Besitzsteuern in den späteren Jahren nicht mehr im vollen Maße fließen werden. Für das Jahr 1918 wird sich vom Standpunkte des Verbrauchers aus ein noch erheblich geringeres Bild ergeben, als es die genannten Ziffern veranschaulichen. Denn keines der Verbrauchssteuergesetze kann vor dem 1. August 1918, das Weinsteuergesetz erst an einem späteren Zeitpunkt in Kraft treten. Das Branntweinmonopol wird, mag es in Kraft treten, wann es will, im Jahre 1918 ebenfalls nicht in Kraft treten, da kein Trinkbranntwein vorhanden ist. Die neuen Verbrauchssteuern werden daher im Rechnungsjahr 1918 zusammen kaum 1 Milliarde einbringen. Das ist gewiß kein Kapuzenziel, aber hier handelt es sich um einen Vergleich mit den Schätzungen der Vorlagen. Von den Besitzsteuern wird dagegen sowohl die Kriegsteuer als auch die Steuer vom Mehrertrag und vom Vermögen der Einzelpersonen für das volle Etatsjahr, die Einkommen der Körperschaften vom 1. August an wirksam zu sein haben also 1918 fast mit dem vollen Jahresertrag von 2 Milliarden in Summe von 2 Milliarden zu rechnen.

Während einem Verbrauchssteuerertrag von etwa 1 Milliarde. Ganz anders dagegen wird sich das Verhältnis schon im Jahre 1919 gestalten. Die sämtlichen Besitzsteuern gelten zunächst nur für ein Jahr, die Verbrauchssteuern teils auf eine dreijährige Zahl von Jahren, teils unbegrenzt. Im Jahre 1919 werden die Verbrauchssteuern, ausgenommen das Branntweinmonopol, das noch eine Reihe von Jahren unter dem Nachschuß leiden wird, einen vollen Jahresertrag von etwa 1,6 Milliarden liefern, von den Besitzsteuern werden aber nur die Körperschaftsteuern mit 200 Millionen Jahresertrag automatisch weiter fließen. Nun wird man auch im Jahre 1919 nicht ohne neue Besitzsteuern auskommen. Die wiederholte Einführung einer Kriegsteuer vom Vermögenszuwachs wird ebenfalls, auf die fortdauernde Erhebung der Mehrertragsteuer und der Vermögensabgabe der Einzelpersonen darf man sich bis dahin zu Ende gehen oder nicht, mit einer weiteren Erhöhung bedacht werden müssen. Daneben halten wir es für unsere Vorläufe, die den Ausbau der Erbschaftsteuer bereiten, bereit. Aber welche neuen Besitzsteuern im nächsten Jahre auch kommen mögen, sie werden von neuen Verbrauchssteuern begleitet sein. Unsere Befriedigung darüber, daß es weder Kritik und Mitarbeit gelungen ist, das Verhältnis von Besitz- und Verbrauchssteuern sehr viel günstiger zu machen, wird also dadurch wieder gemindert, daß die Verbrauchssteuern in der Haupt- und Querschnitten, die Besitzsteuern vorläufig in der Haupt- und Querschnitten Steuern sind.

Der Sieg der Bolschewiki.

Die Kämpfe zwischen den Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären in Moskau scheinen mit dem Siege der Bolschewiki geendet zu haben. Laut Kenter besagt eine russische drucklose Meldung, daß die gegenrevolutionäre Erhebung in Moskau unterdrückt ist; mehrere hundert Verhaftungen wurden vorgenommen. Außerdem hat der Moskauer Sowjet beschlossen, die den Parteien der Sozialrevolutionäre und der Bolschewiki angehörigen Mitglieder aus seiner Körperschaft auszustoßen.

Um den mancherlei anderen im Norden und Osten drohenden Gefahren begegnen zu können, wurde vom Rat der Volkskommissare die Mobilisierung der im Jahre 1906 und 1897 geborenen und dauernd oder vorübergehend in Moskau wohnenden Arbeiter angeordnet. Durch einen Erlass des Kriegskommissars Tsogyl wird die Lösung der Soldaten der roten Armee für Unberühmte auf 150 und für Verheiratete auf 250 Rubel monatlich erhöht. Die Kriegsgeld-Veranstaltung durch die Verschlebung und die ernste Arbeit, die den Soldaten in der letzten Zeit durch den Kampf auf der inneren und der äußeren Front verurteilt worden ist.

Die russische Volkspartei in Berlin hat gestern, nachdem die drucklose Meldung mit Moskau behoben worden ist, wieder direkt mit der Regierung in Moskau sprechen können. Sie erhielt die Mitteilung, daß gegen alle Elemente, die den Abbau der Beziehungen mit Deutschland herbeizuführen suchen, mit der größten Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird. Herr Joffe ist von der Gruppe genehmigt und leitet die Geschäfte der Volkspartei wieder persönlich.

Über die Kämpfe in Moskau wird berichtet:
+ Moskau, 7. Juli, nachts. In Moskau ist der Seelagerungsstand erklärt worden. Die gestern von den linken Sozialrevolutionären besetzte Telefon- und Telegraphenstation ist von den Bolschewiki einige Stunden später zurückerobert worden. Die in ihren Quartieren mit Artillerie besetzten linken Sozialrevolutionäre haben im Laufe des gestrigen Tages Parlamentäre geschickt. Die Bolschewiki haben bedingungslos Unterwerfung gefordert. Die Sozialrevolutionäre haben sich mit der Aufforderung zum Streik an die Eisenbahner gewandt und haben aufeinander eine Absage erteilt. Die Gerüchte, daß in Petersburg, Jaroslaw und anderen Städten der Aufstand losgebrochen sei, werden von der Regierung als unbegründet bezeichnet.

Die linken Sozialrevolutionäre haben gestern nacht eine Rundmachung herausgegeben, in der sie mitteilen,

daß Graf Michail von der Terroristenaktion der linken Sozialrevolutionäre getötet worden sei. Nach einer Mitteilung der Regierung haben die bisher verhafteten Führer der linken Sozialrevolutionäre, darunter sich die Spirdonowas befindet, bereits zugestanden, daß das Attentat mit Wissen der Parteileitung ausgeführt worden ist, um den Bruch des Verses Friedens zu erzwingen. Soweit bisher festzustellen ist, haben das Attentat und die von den Gegenrevolutionären ausgehende Lösung „R'eg gegen Deutischland" diesem Ziele Anhänger und Helfer abwendig gemacht. Infolgedessen besteht begründete Aussicht, daß die Bolschewiki der Lage in Moskau Herr werden.

Die über den Gefandtenmarck angeordnete Untersuchung hat weiter ergeben, daß das Verbrechen offenbar von langer Hand vorbereitet worden ist. Der ungarische Graf Robert Nibsch wurde nämlich vor ungefähr vier Wochen als Besucher eines Hotels in dem eine schwedische Aktivistin in ansehnlich gegenrevolutionärem Zusammenhange Selbstmord verübt hatte, verhaftet. Er war wie die übrigen verhafteten Hotelbewohner völlig unschuldig. Inzwischen blieb er verhaftet, während die anderen freigelassen wurden. Die ganze Angelegenheit ist höchstwahrscheinlich von Mitgliedern der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolutionen hinsichtlich geschaffen worden, um einen Vorwand zu haben, zum Gefandten vorzuliegen.

Ein bolschewistischer Aufruf.

+ Moskau, 7. Juli. Die Prawda veröffentlicht über die Ermordung des Grafen Nibsch einen Aufruf, worin unter anderem folgendes gelangt wird:

Gegen 3 Uhr nachmittags sind zwei Agenten des russisch-englisch-französischen Imperialismus zum deutschen Gesandten Grafen Nibsch auf Grund einer gefälschten Unterschrift des Grafen Nibsch mit bösen Verhandlungsbedingungen vorgegangen und haben unter dem Tode dieser Dokumente den Grafen Nibsch ermordet. Einer dieser Dokumente, der diese provokatorische Tat bezeugt, hat der Nibsch mit langem und verächtlichem in der Sowjetpresse mit der Verurteilung der Sozialisten und Gegenrevolutionäre in Zusammenhang gebracht. In nach vorliegenden Nachrichten ein Sozialrevolutionäre ein Mitglied der Kommission von Terjast, der sich verabschiedete von dem Dienst der Sowjetregierung lockte und zum Dienst bei den Deutschen überging. Die Revolution in einem Arien zu verwickeln trachteten und dadurch die Wiederherstellung der Regierung der Bolschewiki von den Haplophobien her zu wollen. Augenscheinlich befindet sich gegenwärtig durch die Schuld von Saboteuren aus dem Reihen der Sozialrevolutionäre, die sich auf den Weg Samojew und in der Gegenwart